

# Frei beruft sich auf geltendes Recht

Bundestagsabgeordneter hat Hilfe angeboten. Asylrecht dürfe nicht für Arbeits- und Sozialmigration missbraucht werden

**Donaueschingen** (wur) Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei wehrt sich gegen den Vorwurf, in der Angelegenheit Lamin Drammeh untätig gewesen zu sein. Drammeh, ein 25-jähriger Mann aus Gambia, ist bei B + B Thermo-Technik ein unentbehrlicher Arbeiter, hat eine Wohnung, zahlt Steuern und spricht Deutsch. Dennoch hat er vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Ausreiseaufforderung bekommen (wir berichteten). Frei hatte Anfang Mai auf eine Anfrage der B&B-Geschäftsführung geantwortet und angeboten, mit konkreten De-

tails und Anliegen in einen Dialog mit dem Abgeordneten einzutreten. Dieses Angebot sei nicht angenommen worden. Man kümmere sich um sehr viele solcher und ähnliche gelagerter Fälle, erläuterte Christian Friedrich, Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro Berlin. Allerdings kommuniziere man dies nicht in der Öffentlichkeit.

In dem genannten Brief an die Geschäftsleitung räumt Frei ein, dass in der Region der Mangel an Fachkräften enorm sei. Abhilfe biete zwar die 3+2-Regelung, damit Flüchtlinge eine Arbeit aufnehmen können. Das mache aber nur bei Flüchtlingen Sinn, die auch eine gewisse Bleibeperspektive hätten. Dies lasse sich aus dem vorliegenden Fall nicht heraussehen. Im Falle Drammeh müsse man um das Herkunftsland wissen, aber auch inwiefern er etwa an

der Sachverhaltsaufklärung und der Beschaffung von Ausweispapieren im Herkunftsland mitgewirkt habe. Häufig sei die Verweigerung der Mitwirkung ein Problem, das die Ausländerbehörden dann mit dem Entzug der Arbeitserlaubnis sanktionieren.

Natürlich sei es falsch, sozusagen exakt die Flüchtlinge als erstes abzuschicken, die ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren, räumte Frei ein. „Dafür müssen wir Lösungen finden.“ Allerdings dürfe das im internationalen Vergleich höchst liberale Asyl- und Flüchtlingsrecht nicht für die Arbeits- und Sozialmigration missbraucht werden. Die Koalition habe deshalb vereinbart, in dieser Legislaturperiode ein Fachkräftezuwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen, um die angespannte Situation in den Unternehmen



Die Donaueschinger Firma B + B Thermo-Technik beschäftigt auch Flüchtlinge. Einem gut integrierten jungen Mann aus Sambia droht die Abschiebung. Inzwischen bemächtigen sich auch die zuständigen Bundestagsabgeordneten des Themas.

BILD: JENS WURSTHORN

zu entlasten und klar zwischen Flucht und Arbeitsmigration zu trennen. Migration soll dabei in den Arbeitsmarkt und nicht in die sozialen Transfersysteme erfolgen.

Die Antwort des Abgeordneten Frei bewege sich im Allgemeinen, kritisierte die Personalleiterin von B + B-Thermo-Technik, Heike Langenbacher. „Was

passiert denn, falls Drammeh tatsächlich zu Papieren kommt?“. Hier hätte sie gerne eine befriedigende Antwort. Im Flüchtlingsrecht bewanderte Experten seien sich gewiss, dass Drammeh mit Papieren das Land verlassen müsse. Leider gebe es seitens der Wirtschaft keinerlei Möglichkeiten, auf das Verfahren positiv einzuwirken.